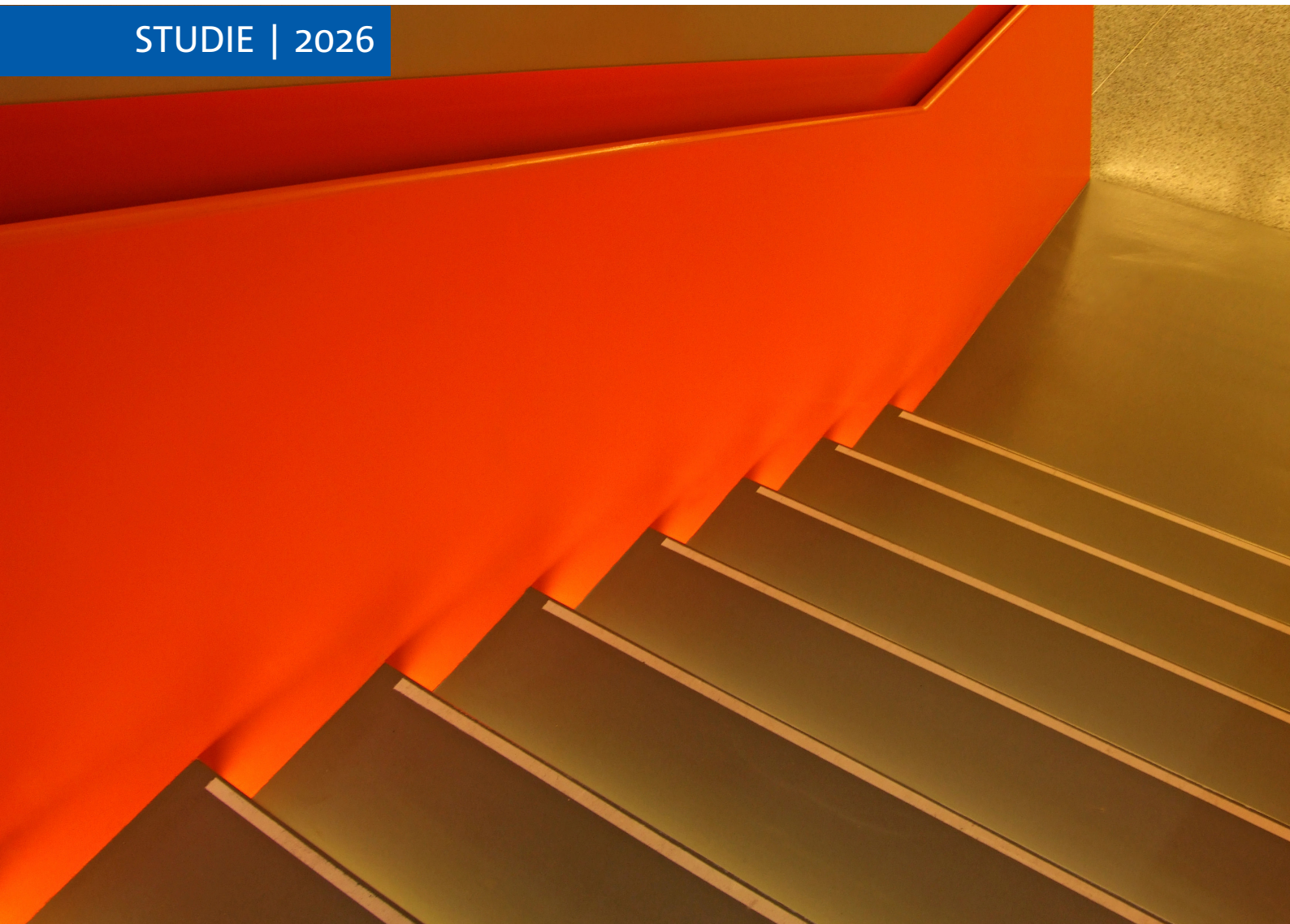


STUDIE | 2026



ODA UNTER DRUCK

Wie verlässlich ist Deutschlands Engagement?



INHALT

Einleitung	3
Entwicklung der deutschen ODA	5
Deutschlands Finanzierungsbedarf	7
Die Zusammensetzung der deutschen ODA	9
Wie kam es zu diesem Ungleichgewicht?	11
Deutschlands „Aid Inflation“	11
Humanitäre Hilfe.....	15
ODA-Entwicklung in einzelnen Bereichen	15
LDC-Finanzierung.....	16
Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung	17
Klimafinanzierung	17
Zivilgesellschaftsförderung	19
Geschlechtergerechtigkeit.....	20
Entwicklungspolitische Bildung	22
Gesundheitsfinanzierung	23
Datengrundlage	24
Berechnungsmethode für Deutschlands „Aid Inflation“	24
Berechnungsmethode für Deutschlands Finanzierungsbedarf	25
Endnoten	26
Abbildungsverzeichnis	29
Impressum.....	30

EINLEITUNG

Die internationale Staatengemeinschaft steht vor einer Vielzahl komplexer und sich überlagernder globaler Herausforderungen: Zunehmende bewaffnete Konflikte¹ und Naturkatastrophen intensiviert durch die Klimakrise führen zu wachsenden humanitären Bedarfen.² Durch den Anstieg der Krisen werden internationale Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortungsübernahme wichtiger denn je. In diesem Kontext spielen die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) eine zentrale Rolle. Als bi- sowie multilaterales Finanzierungsinstrument unterstützt sie Empfängerländer, auf humanitäre Krisen zu reagieren und globale Partnerschaften im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zu stärken.

Als ODA werden staatliche Leistungen bezeichnet, die in der Regel mit dem Hauptziel vergeben werden, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Empfängerländern zu fördern. Dabei handelt es sich um Leistungen, die zu günstigen (konzessionären) Bedingungen durch öffentliche Stellen erbracht werden – entweder direkt an die Länder bzw. deren Staatsangehörige oder über internationale Organisationen.³ Die ODA wurde 1969 vom Entwicklungsausschuss (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als internationaler Standard etabliert und gilt seither als das maßgebliche Kriterium zur Bemessung staatlicher Entwicklungsleistungen.

Die politische, normative und finanzielle Bedeutung der ODA ist seit ihrer Einführung stetig gewachsen. Sie ist heute nicht nur ein Pfeiler der globalen Armutsbekämpfung, sondern auch ein zunehmend wichtiges Mittel zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter – etwa beim Ausbau globaler Klimaanpassungsmaßnahmen, Pande-

mievorsorge, bei der Stabilisierung fragiler Staaten oder beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen.

Die 0,7-Prozent-Zielmarke

Die ODA gilt in der internationalen Gemeinschaft als zentrale und einheitliche Messgröße für Leistungen von Geberländern. Die 32 Mitgliedstaaten des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD haben sich auf das gemeinsame Ziel verständigt, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen bereitzustellen – ein Ziel, das bereits 1970 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen formuliert wurde.

Tatsächlich haben in den vergangenen fünf Jahren jedoch nur sechs Länder diese Zielmarke erreicht. Zugleich wächst die Kritik an der Definition dessen, was als ODA angerechnet werden darf. Besonders umstritten ist, dass auch Ausgaben wie die Inlandsunterbringung von Geflüchteten in die ODA-Statistik einfließen dürfen (siehe Kapitel 4 und 5). Kritiker_innen bemängeln, dass solche Anrechnungen das tatsächliche Engagement für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe verzerren.

Die gegenwärtige Phase markiert einen entscheidenden Wendepunkt für die globale ODA-Landschaft. Während sich die humanitären Bedarfe verschärfen, da eine steigende Zahl an Menschen in humanitärer Not ist (Anstieg um mehr als 50 Prozent in den letzten fünf Jahren)⁴, reduzieren die meisten Geberstaaten ihre ODA-Mittel. Eine Ursache dafür ist die veränderte Prioritätensetzung, etwa durch wachsende Investitionen in Ver-

teidigung. Die USA – traditionell größter Geber weltweit – kürzte 2025 einhergehend mit Trumps zweiter Regierungszeit seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe massiv und stoppte 83 Prozent der unterstützten Programme. Auch große europäische Geber – darunter Deutschland und Großbritannien – diskutieren Einschnitte oder haben sie bereits eingeleitet.⁵ Das führte dazu, dass lokale und internationale humanitäre Organisationen etliche Hilfsprogramme einstellen und in großem Umfang Personal entlassen mussten. Auch die UN-Organisationen stecken in der Krise; UN-Nothilfeschef Tom Fletcher kündigte einen „Reset“ des Systems an. Kalkulationen des Center for Global Development zufolge kosten die Kürzungen der Gelder pro Tag über 5.000 Menschen das Leben.⁶ Auch den derzeitigen Rückgang der Finanzierung vieler globaler Initiativen, zum Beispiel globaler Gesundheitsinitiativen wie Gavi oder dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, sehen Fachleute kritisch, da sie lebensrettende Innovationen wie neue Impfstoffe gefährden können.⁷

In der aktuellen Finanzierungskrise der internationalen Zusammenarbeit ist es kein gutes Zeichen, dass sich auch Deutschland weiter zurückzieht: Die neue Bundesregierung bekannte sich im Koalitionsvertrag nicht zum Ziel, 0,7 Prozent des BNE für öffentliche Entwicklungsleistungen auszugeben. Vielmehr plant die Koalition eine „angemessene Absenkung der ODA-Quote“⁸ ohne weitere Details zur Größenordnung zu nennen. Die folgende Analyse zeigt jedoch, dass die ODA-Quote bis 2027 voraussichtlich auf 0,39 Prozent absinken könnte. Gleichzeitig bekannte sich die Bundesregierung im Rahmen der UN-Konferenz zu Entwicklungsfinanzierung im Juli 2025 erneut zum 0,7-Prozent-Ziel.⁹

Die aktuelle Haushaltsplanung zeigt deutliche Einschnitte in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

(BMZ) musste 2025 mit einer Milliarde Euro weniger auskommen als im Vorjahr; 2026 wurde der Etat um weitere 250 Millionen Euro gekürzt. Die finanziellen Mittel für humanitäre Hilfe wurden 2025 um mehr als die Hälfte gekürzt und bleiben auch 2026 auf diesem viel zu niedrigen Niveau.¹⁰ Dies verhindert humanitäre Hilfe und untergräbt das Vertrauen in Deutschlands internationale Verlässlichkeit.¹¹

Die vorliegende Studie zeigt, dass in die deutsche ODA-Quote Ausgaben eingerechnet werden, die in keinem Zusammenhang mit der deutschen humanitären Hilfe oder Entwicklungspolitik stehen. Dadurch wird die ODA-Quote schön gerechnet, während die jüngsten Kürzungen hauptsächlich den Kernbereich humanitärer und entwicklungspolitischer Anstrengungen treffen. In Zeiten enormer humanitärer Bedarfe und drohender Rückschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) braucht es eine ausreichende Finanzierung und eine verlässliche ODA-Quote.

In einer Welt, in der geopolitische Machtverschiebungen und der Rückzug vieler Geberstaaten das internationale Umfeld prägen, ist ODA ein Ausdruck politischer Prioritätensetzung und ein Gradmesser internationaler Verantwortung. Die folgenden Abschnitte analysieren die jüngsten Entwicklungen der deutschen ODA-Leistungen, wie sich diese zusammensetzen und welchen Bereichen sie zugutekommen.

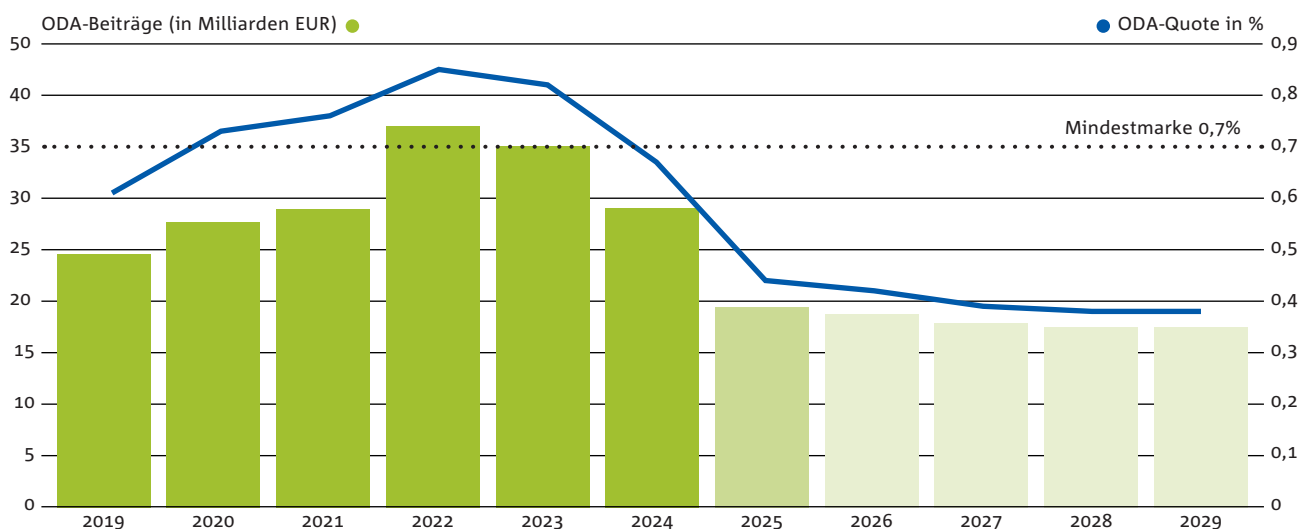
ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN ODA

Die öffentlichen Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland für ODA haben in den vergangenen Jahren einen historischen Höchststand erreicht. Seit 2024 lässt sich ein gegenläufiger Trend feststellen: Die finanziellen Mittel gehen seither drastisch zurück.

Zwischen 2020 und 2023 erfüllte Deutschland vier Jahre in Folge das international vereinbarte Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA bereitzustellen. Dieses Niveau wurde jedoch im Jahr 2024 wieder unterschritten: Laut vorläufigen Zahlen sank die ODA-Quote auf 0,67 Prozent – der niedrigste Wert seit 2019.

In absoluten Zahlen erreichte das deutsche ODA-Engagement seinen Höhepunkt im Jahr 2022 mit rund 37 Milliarden Euro (0,85 Prozent des BNE), dicht gefolgt von 2023 mit 35 Milliarden Euro (0,82 Prozent). Diese Rekordwerte waren allerdings stark durch die Unterstützung der Ukraine nach dem russischen Angriff 2022 sowie die Anrechnung der inländischen Versorgungskosten für Geflüchtete verursacht. Auch die Corona-Pandemie führte seit 2020 zu zusätzlichen Haushaltsmitteln für Entwicklungs- und humanitäre Maßnahmen und erhöhte damit das Niveau.

Abbildung 1. Entwicklung der ODA-Beiträge und -Quote für Deutschland (2019-2029)



Quelle: OECD Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise (totale Zahlen; mit Ausnahme des multilateralen Betrags für 2023, entnommen aus der DAC1 Tabelle); ODA-Quote basierend auf DAC1 Tabelle, derzeitige Preise; Daten für 2025 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025, Stand: Juli 2025, 2026-2029 eigene Berechnungen; Umrechnung von Dollar in Euro basierend auf dem offiziellen DAC-Umrechnungskurs.

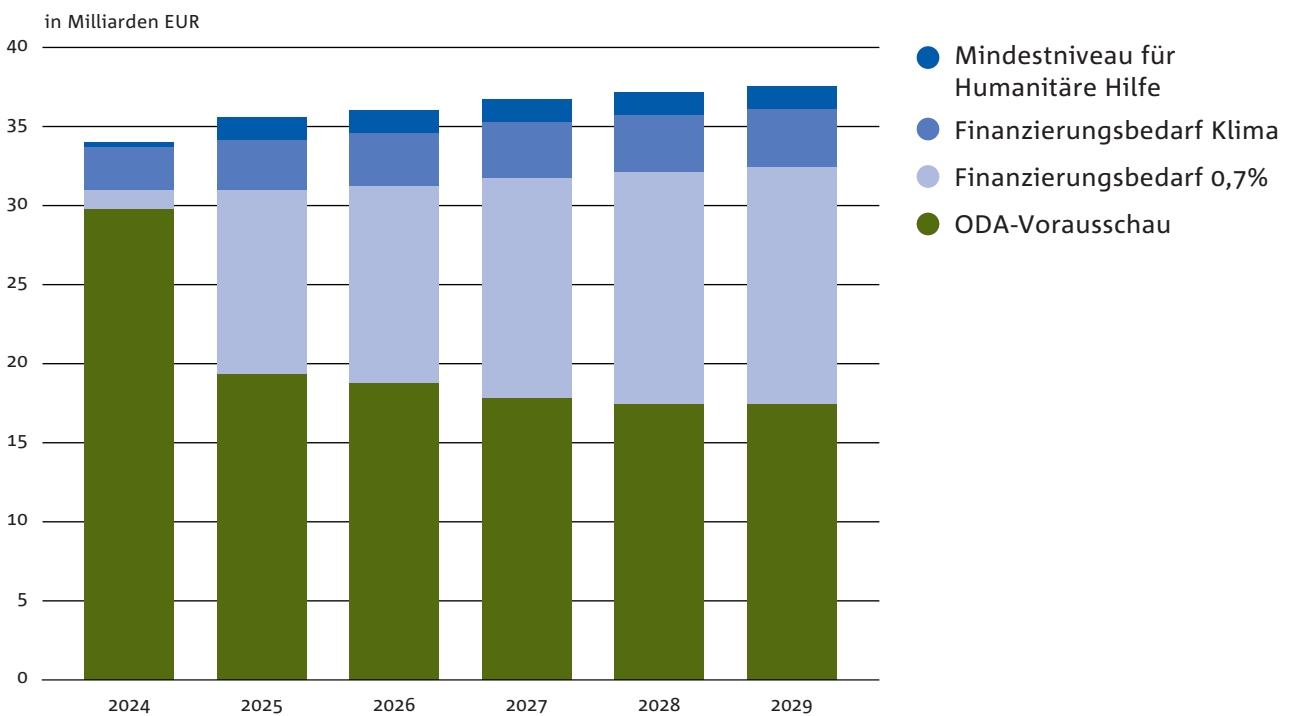


Mit dem 2024 dokumentierten Rückgang auf unter 30 Milliarden Euro verfehlte Deutschland erstmals seit vier Jahren die 0,7-Prozent-Quote und ein Paradigmenwechsel zeichnet sich ab. Zwar bleibt Deutschland bis 2025 im Vergleich der am absoluten Mittelaufkommen gemessene zweitgrößte Geber weltweit und fünftgrößter Geber gemessen am BNE, jedoch steht ein steiler Abwärtstrend bevor.

Eine Prognose auf Grundlage des im Juni 2025 vorgelegten Haushaltsentwurfs der neuen Regierung zeigt, dass die ODA-Quote voraussichtlich auf 0,44 Prozent (etwa 19 Milliarden Euro) sinken wird. Nach unseren Berechnungen ist in den Folgejahren mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, wie dem nachfolgenden Kapitel zu entnehmen ist.

DEUTSCHLANDS FINANZIERUNGSBEDARF

Abbildung 2. Finanzierungsbedarf: ODA-Forderungen bis 2029



Quelle: OECD vorläufige Daten für 2024; Daten für 2025-2029 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und dem Finanzplan 2026-2029; eigene Berechnungen.

Basierend auf der mittelfristigen Finanzplanung der schwarz-roten Bundesregierung wird Deutschland die ODA-Ausgaben in den kommenden Jahren voraussichtlich erheblich reduzieren. Dadurch entsteht eine gewaltige jährliche Finanzierungslücke zwischen 17 und 20 Milliarden Euro, um Klimafinanzierung, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit mit ausreichenden und angemessenen Mitteln ausstatten zu können. Um diese Lücke zu schließen müsste Deutschland eine ODA-Quote von 0,8 Prozent erreichen.

Angesichts der in vielen Ländern vorgenommenen Kürzungen von ODA-Mitteln könnte man ver-

muten, dass sich damit eine aussichtslose Situation ergibt, die eine langfristige und nachhaltige Finanzierung internationaler Solidarität unmöglich macht. Tatsächlich gibt es jedoch eine Reihe bisher ungenutzter Möglichkeiten, um neue Finanzierungsquellen zu erschließen.

Zur Finanzierung von ODA-Leistungen und damit zur Bekämpfung globaler Ungleichheit könnten insbesondere durch die entwicklungspolitische Nutzung von Sonderziehungsrechten des IWF, einer Weltbankreform¹², einer Vermögenssteuer für Milliardäre oder eine Finanztransaktionssteuer jährlich Mittel in Milliardenhöhe generiert wer-

den, wie unter anderem Hirsch und Ahmed (2024) berechnet haben. Auch Schuldenumwandlungen (Debt for Aid) könnten zusätzliche Gelder für wichtige entwicklungspolitische Maßnahmen wie Investitionen in Bildungs- und Gesundheitssysteme erzeugen.

Auf Basis des Verursacherprinzips können außerdem zusätzliche Mittel für die internationale Klimafinanzierung erhoben werden. So kann der Abbau umweltschädlicher Subventionen auf nationaler Ebene laut Hirsch und Ahmed, Einnahmen von mindestens zehn Milliarden Euro jährlich erzielen. Auch die globale Besteuerung von Sektoren mit hohen Emissionen birgt ein enormes Potenzial. Auf internationaler Ebene könnten durch eine Abgabe im Luftverkehr bis zu 136 Milliarden Euro und durch eine Seefrachtabgabe noch einmal 68 Milliarden Euro generiert werden.

Deutschland hat somit ausreichend Finanzierungsquellen für internationale Solidarität und internationale Klimafinanzierung, die sogar gleichzeitig Treiber globaler Ungleichheit und Umweltzerstörung entgegenwirken.

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER DEUTSCHEN ODA

Um die Bedeutung des Gesamtbetrags einordnen zu können, ist es notwendig, die Zusammensetzung der ODA genauer zu betrachten.

Jährlich melden die Geberländer, die Teil des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) sind, Projekte und Programme, die als ODA gelten, an das

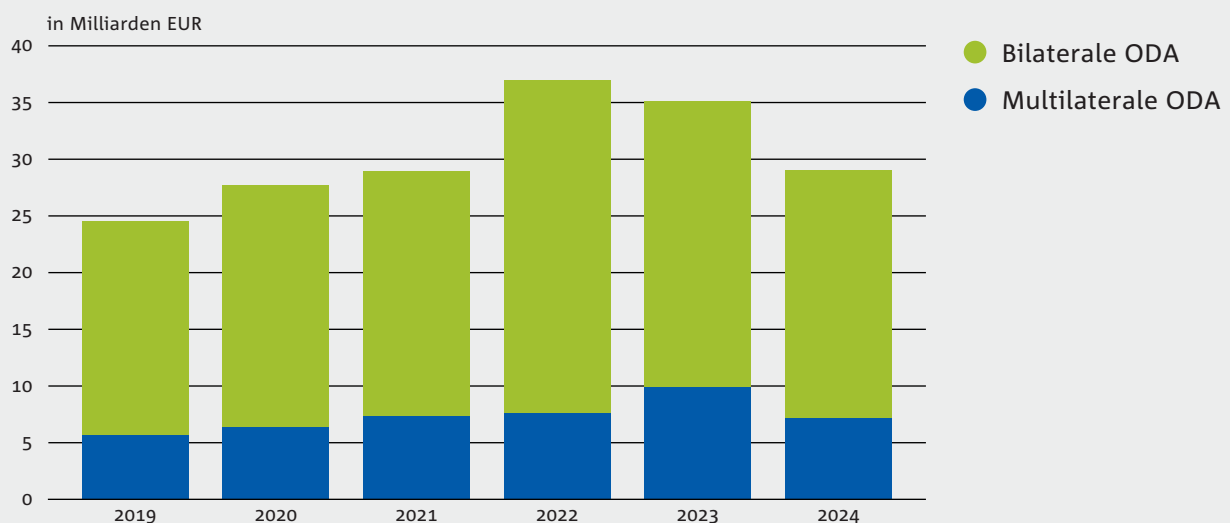
OECD-Sekretariat. Die ODA umfasst sämtliche Zuschüsse und Kredite, die an Länder, internationale Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen (NROs) gezahlt werden, sofern diese auf der offiziellen Empfängerliste des OECD-DAC aufgeführt sind.¹³

Bi- und multilaterale ODA

Die ODA besteht aus bi- und multilateralen Ausgaben. Bilaterale Ausgaben sind Mittel, die direkt von einem Geberland an ein Partnerland oder eine spezifische Organisation mit Projektbezug vergeben werden. Multilaterale Ausgaben sind hingegen Beiträge, die ein Geberland an internationale Organisationen entrichtet, die anschließend eigenständig über

die Mittelverwendung entscheiden. Typische Empfänger sind unter anderem die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die Weltbank oder regionale Entwicklungsbanken. Der Anteil der multilateralen Ausgaben war 2023 mit fast 40 Prozent am höchsten. In den übrigen Jahren lag er bei circa einem Drittel der gesamten ODA-Ausgaben.

Abbildung 3. Bilaterale und multilaterale ODA (2019-2024)



Quelle: OECD CRS Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise, vorläufige Zahlen für 2024.

Als „bilaterale ODA“ erfasst die OECD nicht nur Mittel, die direkt an Empfängerländer oder -organisationen fließen, sondern auch Ausgaben im Inland – darunter etwa Kosten für Studierende aus ODA-Empfängerländern oder Leistungen für Geflüchtete. Sowohl Kernbeiträge als auch zweckgebundene Mittel für NROs werden ebenfalls in die bilaterale ODA-Statistik aufgenommen.¹⁴

Auch Projektmittel, die von multilateralen Organisationen im Auftrag bilateraler Geber umgesetzt werden, fallen unter die Kategorie der bilateralen ODA. Im Gegensatz dazu umfasst die „multilaterale ODA“ ausschließlich Kernbeiträge an internationale Institutionen, über die diese eigenständig verfügen können.

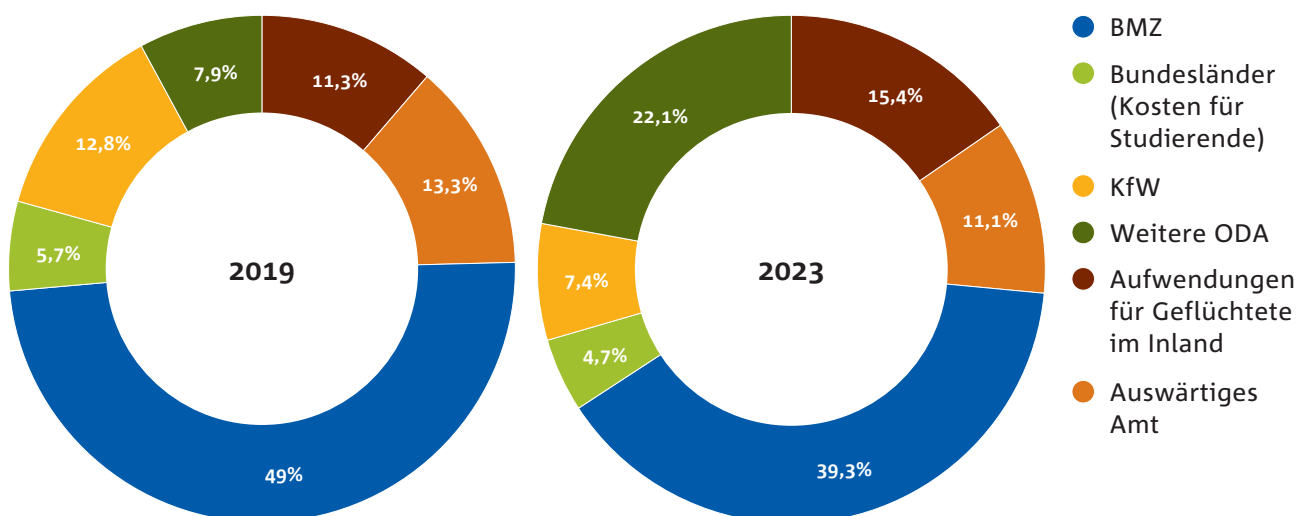
Verschiedene Institutionen tragen zur deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bei. Den größten Anteil leistet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dessen Beitrag im Zeitraum von 2019 bis 2023 jedoch von 49 Prozent auf knapp 40 Prozent zurückging. Das Auswärtige Amt, das die

Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention verwaltet, trug im Jahr 2023 rund 12 Prozent zur ODA bei.

Wie in den Vorjahren entfiel ein signifikanter Teil der ODA-Ausgaben auf Inlandskosten für Geflüchtete. Diese stiegen im Vierjahresvergleich auf etwa 15 Prozent. Diese Kosten als ODA anzurechnen, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend kritisiert, da diese Ausgaben nicht unmittelbar den Partnerländern zugutekommen.¹⁵ Der Beitrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist im selben Zeitraum von rund 13 Prozent auf 7 Prozent deutlich gesunken, während die ODA-anrechenbaren Studienplatzkosten annähernd konstant blieben.

Die deutlichste Veränderung zeigt sich im Bereich der „weiteren ODA“. Dieser Posten stieg vor allem durch eine erhebliche Mittelerhöhung des Bundesministeriums der Finanzen – insbesondere einer Großzuwendung an den „IMF Poverty Reduction and Growth Trust“ im Jahr 2023 – von 1 Prozent auf 15 Prozent an.

Abbildung 4. Deutsche bi- und multilaterale ODA nach Mittelherkunft (2019 und 2023)



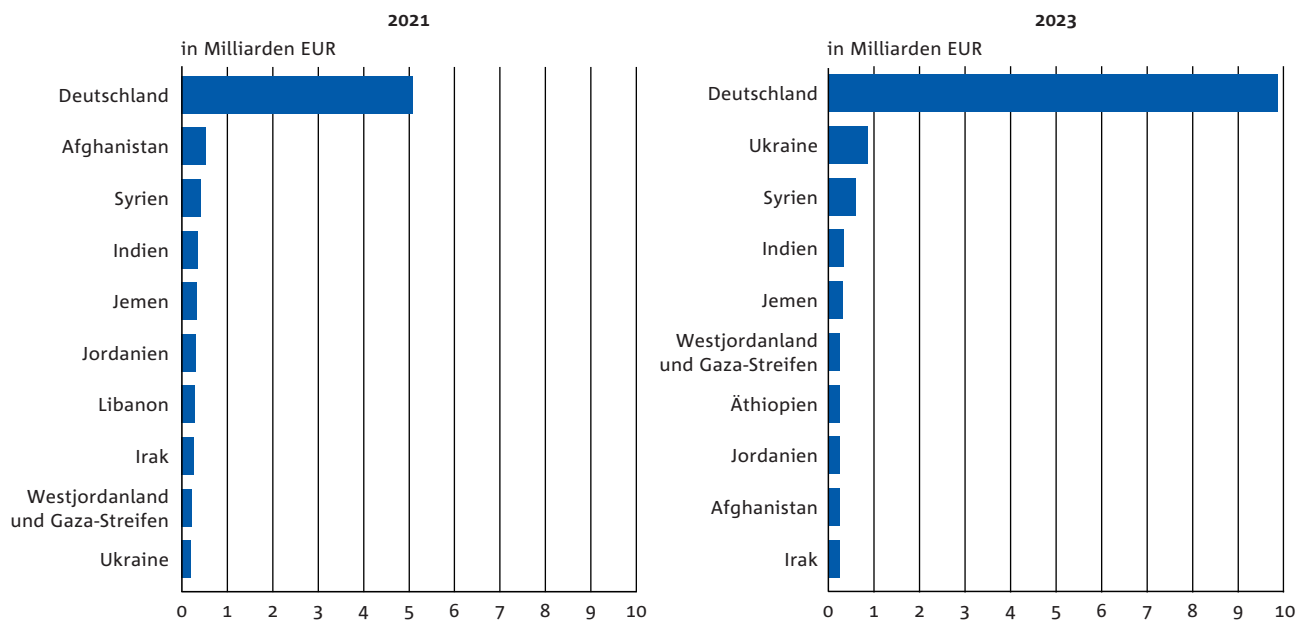
Quelle: OECD Creditor Reporting System; OECD Providers' total use of the multilateral system. Berechnung der Anteile mit Ausgaben in 2023 konstanten Preisen und als Netto-ODA. Letzteres wurde gewählt, da die multilateralen Ausgaben nur als Netto-ODA und nicht als Zuschussäquivalente verfügbar sind.

DEUTSCHLANDS „AID INFLATION“

Deutschland ist aktuell das mit erheblichem Abstand größte Empfängerland seiner eigenen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Nahezu 40 Prozent der an die OECD gemeldeten deutschen bilateralen ODA verließen das Land nicht, sondern wurden im Inland etwa für Geflüchtete oder Studierende aus ODA-Empfängerländern ausgegeben – ein Anteil, der in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist.

Während Deutschland im Jahr 2023 fast 10 Milliarden Euro aus seinen eigenen ODA-Mitteln erhielt, flossen lediglich 871 Millionen Euro an das zweitgrößte Empfängerland, die Ukraine. Anders ausgedrückt: Deutschland rechnete sich selbst über zehnmal so viele ODA-Mittel an wie dem zweitgrößten Empfängerland Ukraine zugutekamen.

Abbildung 5. Top 10 ODA-Empfänger der bilateralen ODA 2021 und 2023



Quelle: OECD Creditor Reporting System, eigene Berechnungen

Wie kam es zu diesem Ungleichgewicht?

Seit Jahrzehnten gelten die ODA-Ausgaben als Maßstab für die Unterstützung der OECD-DAC-Geberländer für ihre Partnerländer. Entsprechende finanzielle Mittel sollen hauptsächlich zur „Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands der Entwicklungsländer“¹⁶ beitragen.

Dementsprechend gilt: Je mehr ein Geberland für ODA ausgibt, desto bemühter scheint es, die Situation in den Empfängerländern zu verbessern.

Viele zivilgesellschaftliche Stimmen, darunter VENRO, haben immer wieder kritisiert, dass Geber Kosten als ODA-Ausgaben anrechnen, die deren „tatsächliche“ Bemühungen nicht wider-

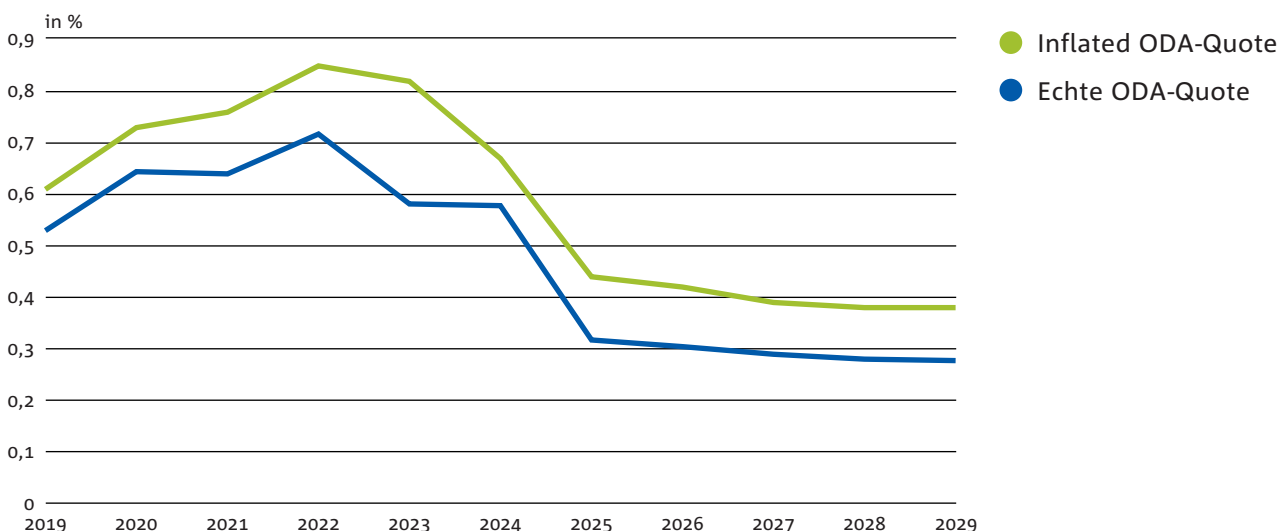
spiegeln. Dieses Vorgehen bezeichnet der Verband europäischer Entwicklungsorganisationen, CONCORD als „Aid Inflation“.¹⁷ Um die „tatsächliche“ Unterstützung von Geberländern zu berechnen, entfernt CONCORD die Anteile der gemeldeten ODA, die nicht den grundlegenden Kriterien der ODA-Definition entsprechen.

Demnach sollten Kosten für Geflüchtete im Inland sowie für Studierende aus ODA-Empfängerländern nicht in die ODA-Statistik einberechnet werden, da diese Ausgaben nicht direkt an die Empfängerländer gezahlt werden. Darüber hinaus werden Instrumente des Privatsektors (PSIs) nicht immer von öffentlichen Institutionen gezahlt, sondern werden zum Teil durch Profite von Development Finance Institutions finanziert, was nicht der Definition von „öffentlicher ODA“ entspricht. PSIs, Schuldenerlasse und Kredite erfüllen nicht immer die Bedingung, günstigere Konditionen für Empfängerländer bereitzustellen, sodass sie aus den ODA-Ausgaben ausgenommen oder rekalkuliert

werden müssen, um die „echte“ ODA darzustellen. Schlussendlich werden auch die ODA-Ausgaben für gebundene Entwicklungshilfe¹⁸, Migrationsmanagement und Frieden und Sicherheit kritisch diskutiert, da Geber in diesen Bereichen Projekte melden, die eher ihren eigenen Interessen anstatt denen der Empfängerländer dienen. Da diese Programme jedoch einer qualitativen Analyse bedürfen und nicht pauschal herausgerechnet werden können, werden sie in der nachfolgenden Analyse nicht gesondert betrachtet.

Laut den offiziellen ODA-Statistiken erfüllte Deutschland im Jahr 2023 mit einer Quote von 0,82 Prozent das international vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel. Diese sogenannte „Inflated Aid“-Quote verdeckt jedoch die tatsächlichen Verhältnisse: Hätte Deutschland ausschließlich solche Beiträge an die OECD gemeldet, die den Empfängerländern direkt zugutekommen, hätte es das ODA-Ziel deutlich verfehlt. Die bereinigte ODA-Quote läge dann bei unter 0,6 Prozent.

Abbildung 6. Deutschlands ODA-Quote (Inflated vs. echte ODA), 2019-2029

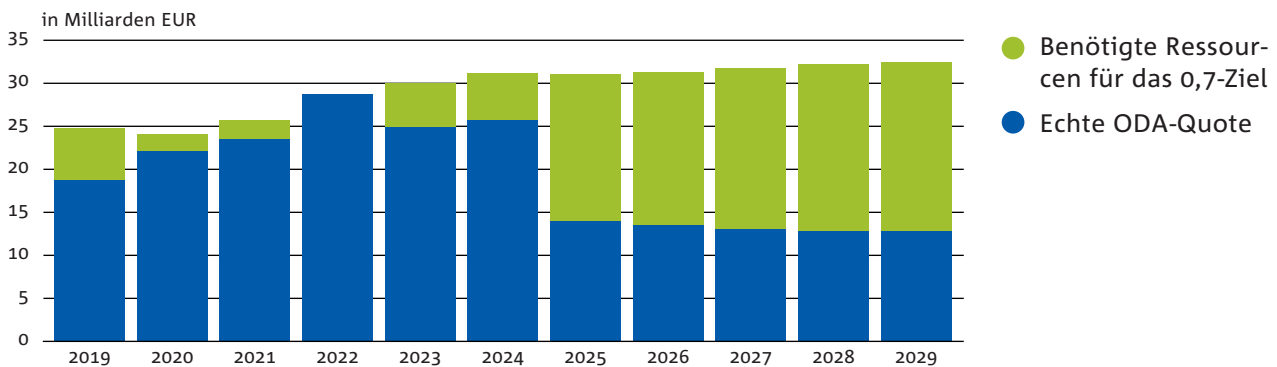


Quelle: OECD Creditor Reporting System, OECD DAC1-Tabelle. Die 2024-Quoten basieren auf vorläufigen ODA-Daten und einer eigenen Berechnungsmethode basierend auf Annahme, dass die Anteile der Inflated-Aid-Kosten 2024 gleich bleiben. Die Berechnungen für die Jahre 2025-2029 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und der Annahme, dass die Inflated-Aid-Kosten sowie der bi- und multilaterale Anteil gleichbleibt. Lediglich die Inlandskosten für Geflüchtete sinken in diesem Modell leicht.

Die bereinigte ODA-Statistik zeigt: Mit Ausnahme des Jahres 2022 hätte Deutschland das internationale ODA-Ziel in keinem Jahr erreicht. Um 2023 den Zielwert von 0,7 Prozent des BNE zu erfüllen, hätte die Bundesregierung rund 5 Milliarden Euro zusätzlich in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe investieren müssen. Auf Basis

der ODA-Zahlen für 2024 wären dafür sogar 5,4 Milliarden Euro erforderlich gewesen. Mit den geplanten weiteren Kürzungen der Etats für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wird die jährliche Finanzierungslücke auf ungefähr 17 bis 20 Milliarden Euro wachsen.

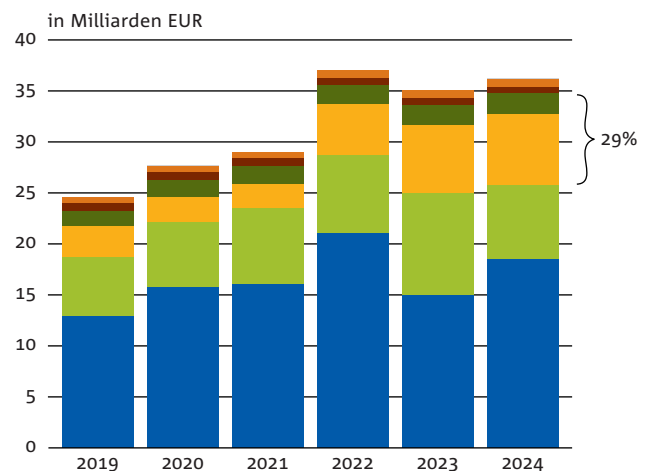
Abbildung 7. Deutschlands echte ODA und benötigte Ressourcen für das 0,7-Prozent-Ziel, 2019-2029



Quelle: OECD Creditor Reporting System; OECD DAC1-Tabelle. Die 2024-Quoten basieren auf vorläufigen ODA-Daten und einer eigenen Berechnungsmethode basierend auf Annahme, dass die Anteile der Inflated-Aid-Kosten 2024 gleich bleiben. Die Berechnungen für die Jahre 2025-2029 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und der Annahme, dass die Inflated-Aid-Kosten sowie der bi- und multilaterale Anteil gleichbleibt. Lediglich die Inlandskosten für Geflüchtete sinken in diesem Modell leicht.

Abbildung 8. Deutschlands echte ODA und Mittelherkunft (2019-2024)

- Echte bilaterale ODA
- Multilaterale ODA
- Aufwendungen für Geflüchtete im Inland
- Kosten für Studierende
- Privatsektoringstrumente
- Inflated ODA von Krediten
- Schuldenerlass



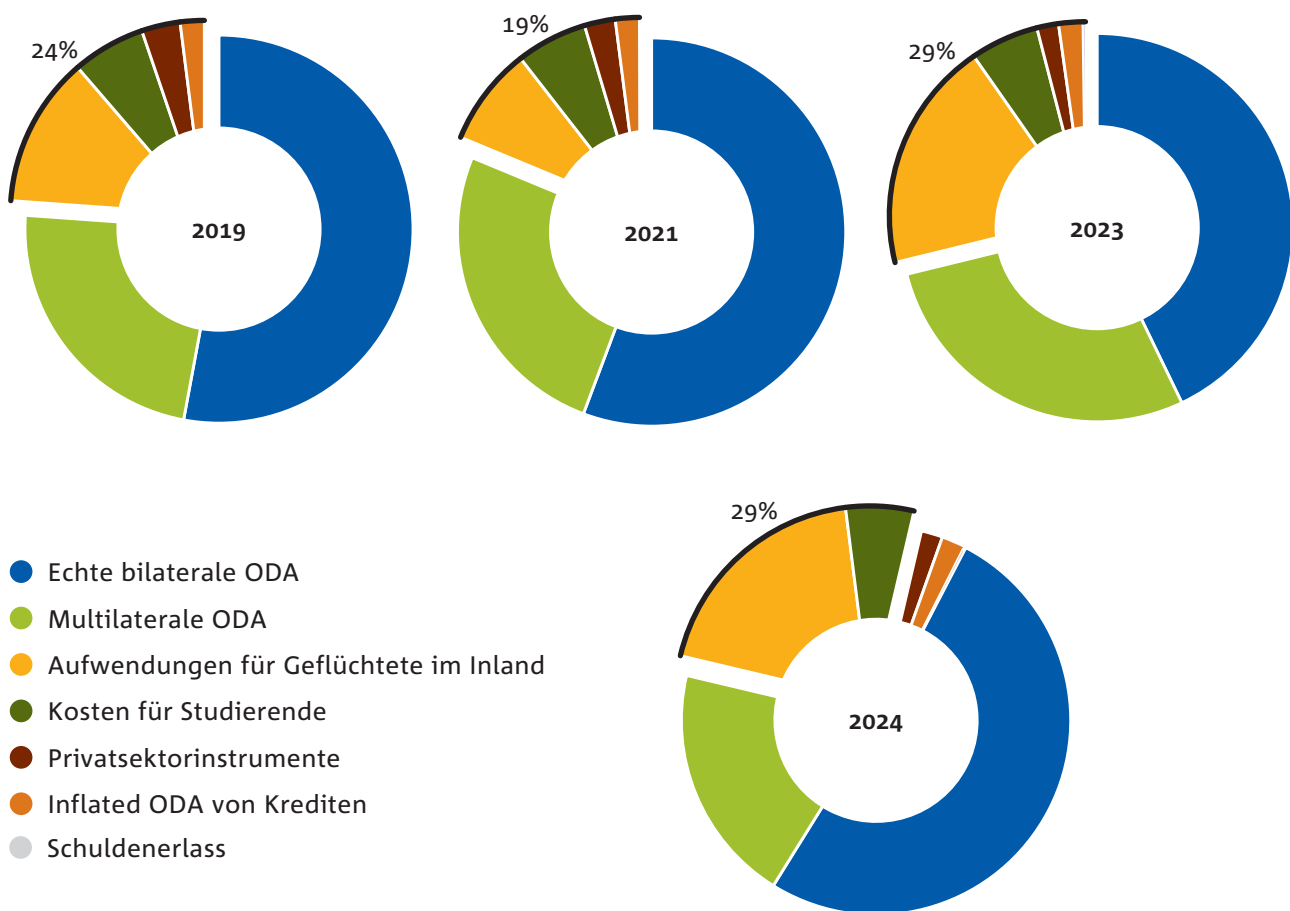
Quelle: OECD Creditor Reporting System; OECD DAC1-Tabelle; OECD Providers' total use of the multilateral system. Die 2024-Quoten basieren auf vorläufigen ODA-Daten und einer eigenen Berechnungsmethode basierend auf Annahme, dass die Anteile der Inflated-Aid-Kosten 2024 gleich bleiben.

Deutschlands offizielle ODA-Ausgaben vermitteln also ein verzerrtes positives Bild seines entwicklungspolitischen Engagements. Laut den offiziellen Zahlen stellte die Bundesrepublik im Jahr 2023 rund 35 Milliarden Euro an ODA bereit. Tatsächlich belief sich die echte ODA jedoch nur auf knapp 25 Milliarden Euro. Das bedeutet: Deutschlands ODA war im Jahr 2023 um 29 Prozent „aufgebläht.“ Wenn man die gezielte Wirkung – Verbesserung der Situation vor Ort – als Maßstab nimmt, gehören diese Mittel nicht in die ODA, da diese nicht direkt den Empfängerländern zugute kommen. Basierend auf den vorläufigen

ODA-Zahlen von 2024 bleibt die „Inflationsquote“ voraussichtlich ähnlich hoch.

Anstatt zur direkten Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Empfängerländern beizutragen, werden die deutschen ODA-Ausgaben durch Posten aufgebläht, die diesen Ländern nicht unmittelbar zugute kommen. Besonders stark ins Gewicht fallen dabei die inländischen Kosten für Geflüchtete, die infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich gestiegen sind.

Abbildung 9. Aid Inflation in Deutschland 2019-2024



Quelle: OECD Creditor Reporting System; OECD DAC1-Tabelle; OECD Providers' total use of the multilateral system. Die 2024-Quoten basieren auf vorläufigen ODA-Daten und einer eigenen Berechnungsmethode basierend auf Annahme, dass die Anteile der Inflated-Aid-Kosten 2024 gleich bleiben.

ODA-ENTWICKLUNG IN EINZELNEN BEREICHEN

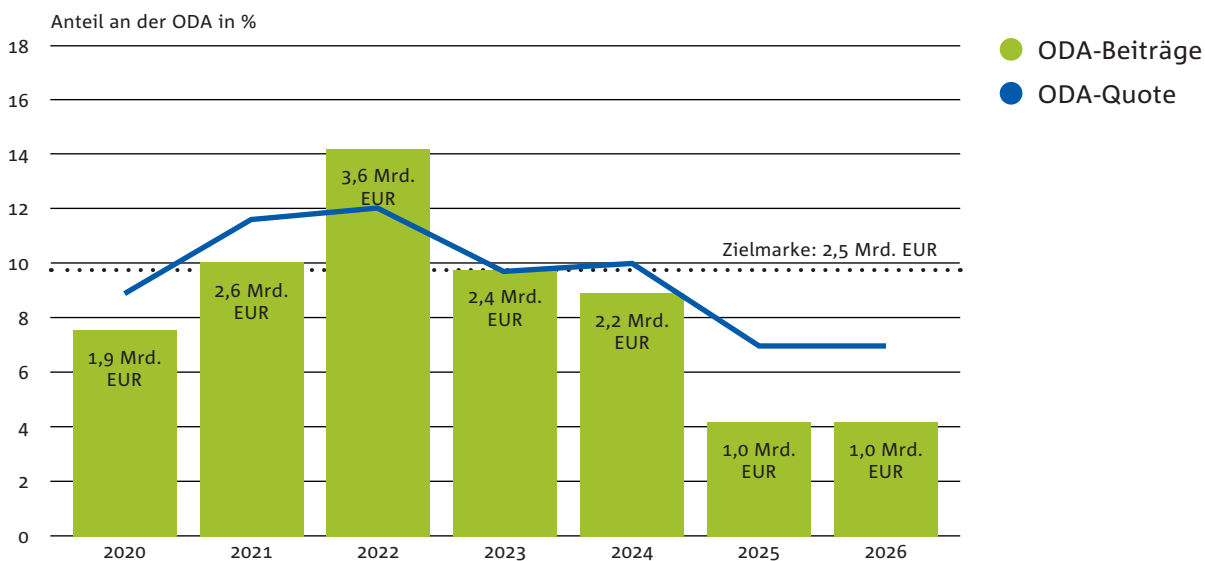
Humanitäre Hilfe

ODA umfasst neben klassischen Entwicklungsmaßnahmen und inländischen Kosten auch Mittel für humanitäre Hilfe. Letztere machen im Vergleich zu den übrigen ODA-Komponenten jedoch nur einen relativ kleinen Anteil aus. Den Höchststand der letzten fünf Jahre erreichten Deutschlands Ausgaben für humanitäre Hilfe im Jahr 2022 mit knapp über 3,5 Milliarden Euro – rund 12 Prozent der gesamten ODA.

Seit 2023 wird die humanitäre Hilfe deutlich gekürzt. Im Jahr 2023 lagen die Mittel bereits nur noch bei 2,4 Milliarden Euro und 2024 bei 2,2 Milliarden Euro. Für 2025 und 2026 wurde die huma-

nitäre Hilfe um mehr als 50 Prozent auf nur noch eine Milliarde Euro gekürzt.¹⁹ Das deutsche Budget sinkt damit auf den niedrigsten Stand seit 2015 – obwohl sich die Zahl der Menschen in humanitärer Not seitdem mindestens verdreifacht hat.²⁰ Mit den immer knapper werdenden Mitteln wird eine wachsende Zahl an Menschen in Not nicht mehr erreicht werden können und damit Millionen von Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden. Der UN-Nothilfchef Tom Fletcher spricht von einer „Hyperpriorisierung“, die bedeutet, dass nur noch den Menschen in den schlimmsten aller Notlagen geholfen werden kann. VENRO fordert die humanitäre Hilfe auf mindestens 2,5 Milliarden Euro anzuheben, damit Deutschland weiterhin einen angemessenen Beitrag leistet.

Abbildung 10. Entwicklung der bilateralen ODA: Deutschlands humanitäre Hilfe, 2020-2026



Quelle: OECD CRS Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise, in Prozent an der Gesamt-ODA. Zielmarke = Forderung von VENRO. Daten für 2025 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025, Stand: Juli 2025 und Daten für 2026 basieren auf dem Regierungsentwurf 2026.

LDC-Finanzierung

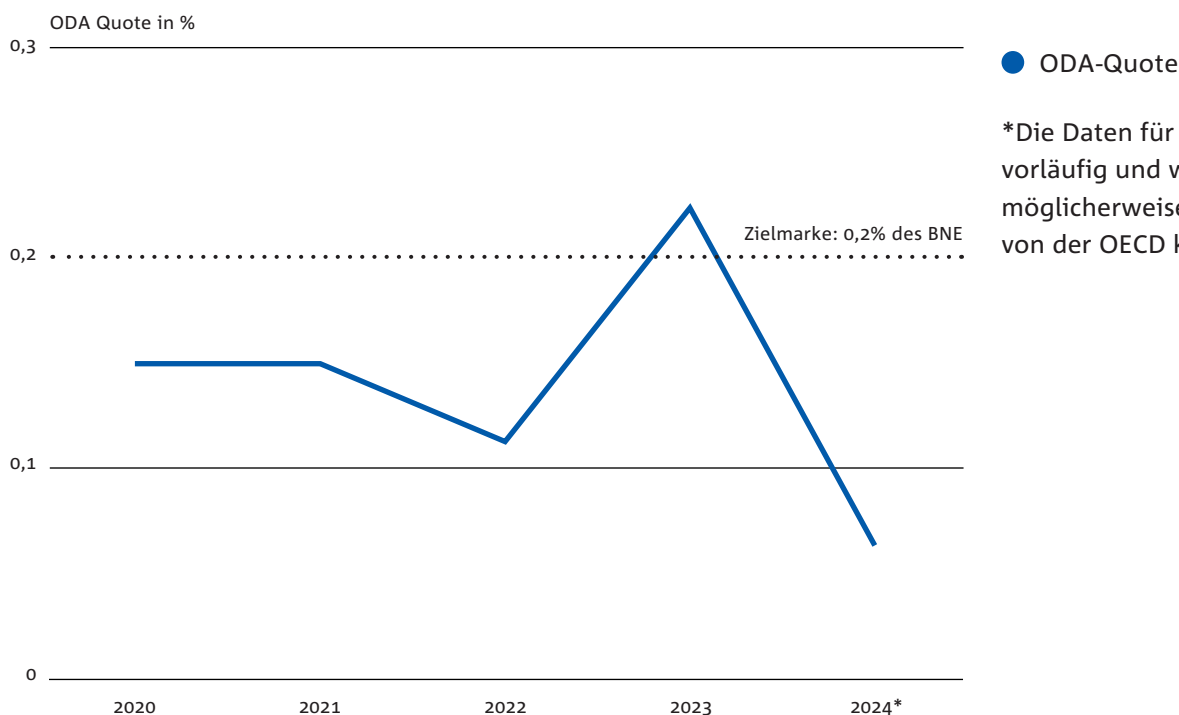
Die ODA ist ein zentrales Instrument externer Finanzierung für die ökonomisch schwächsten Länder (Least Developed Countries, LDCs). Es ist Aufgabe von Geberländern, die vulnerabelsten Länder in ihren Bemühungen zur Entwicklung zu unterstützen – im Sinne des Leitgedankens der Agenda 2030 „niemanden zurückzulassen“ (leave no one behind). Im Rahmen mehrerer globaler Vereinbarungen, darunter die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die Addis Ababa Action Agenda sowie das Programm für LDCs 2011–2020 und dessen Nachfolger, die Doha Agenda 2022–2031, haben sich Geber dazu verpflichtet, 0,15 bis 0,2 Prozent ihres BNE als ODA speziell für LDCs bereitzustellen.

Deutschland verfolgt im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit eine differenzierte Förderpraxis: Während LDCs vorrangig in Form von Zu-

schüssen unterstützt werden, kommen bei anderen unterstützten Ländern vor allem zinsvergünstigte Kredite (soft loans) zum Einsatz.²¹

Unter den zehn größten Empfängerländern deutscher ODA befinden sich lediglich drei Staaten mit LDC-Status. Auch wenn es in den letzten Jahren zunächst ein Anstieg der Finanzierung für die ärmsten Länder gab und 2023 erstmals überhaupt die internationale Zielmarke erreicht wurde, sinkt die LDC-Quote ab 2024 unter anderem aufgrund der Kürzungen des BMZ-Etats stark ab. Damit entfernt sich Deutschland wieder deutlich von der internationalen Zielmarke von 0,2%. Das BMZ will sich mit seinem 2026 vorgestellten Reformprozess wieder stärker auf die Förderung von LDC zu konzentrieren.

Abbildung 11. Least Developed Countries



*Die Daten für 2024 sind vorläufig und werden möglicherweise noch von der OECD korrigiert.

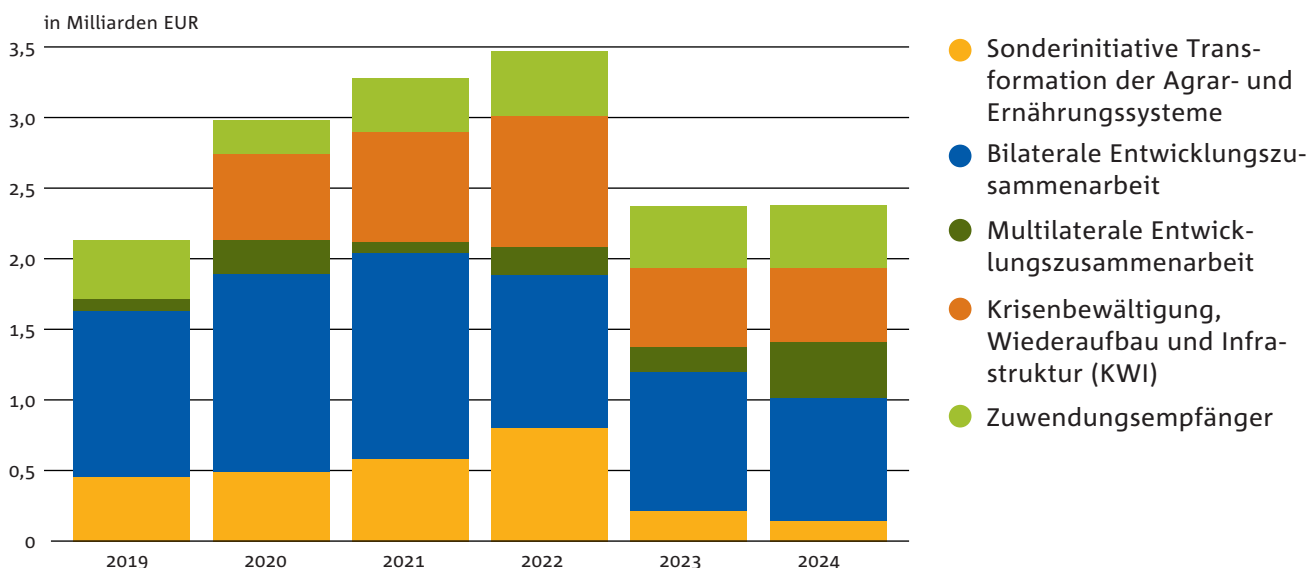
Quelle: OECD, BMZ.

Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung

Ein sicherer Zugang zu ausreichend Nahrung sollte für alle Menschen gewährleistet werden. Das Ziel wurde von den Vereinten Nationen als Nachhaltigkeitsziel 2 „Kein Hunger“ verankert, das die Überwindung von Hunger und Ernährungsunsicherheit bis 2030 vorsieht.²² Um mehr Ernährungssicherheit zu schaffen, investiert Deutschland in ländliche Entwicklung durch die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sowie weitere Finanzierungstöpfe.

Deutschlands ODA-Ausgaben für ländliche Entwicklung stiegen zwischen 2019 und 2022 auf etwas über 3,5 Milliarden Euro an. In den Folgejahren gab die Bundesregierung deutlich weniger Mittel für diesen Bereich aus: Im Jahr 2024 sind die Ausgaben um circa 27 Prozent gesunken im Vergleich zu 2022. Um einen deutlichen Beitrag zur Ernährungssicherung zu leisten, sollte Deutschland diese Kürzungen zurücknehmen. Dafür wäre zusätzlich mindestens eine Milliarde Euro notwendig.

Abbildung 12. BMZ Ausgaben für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung

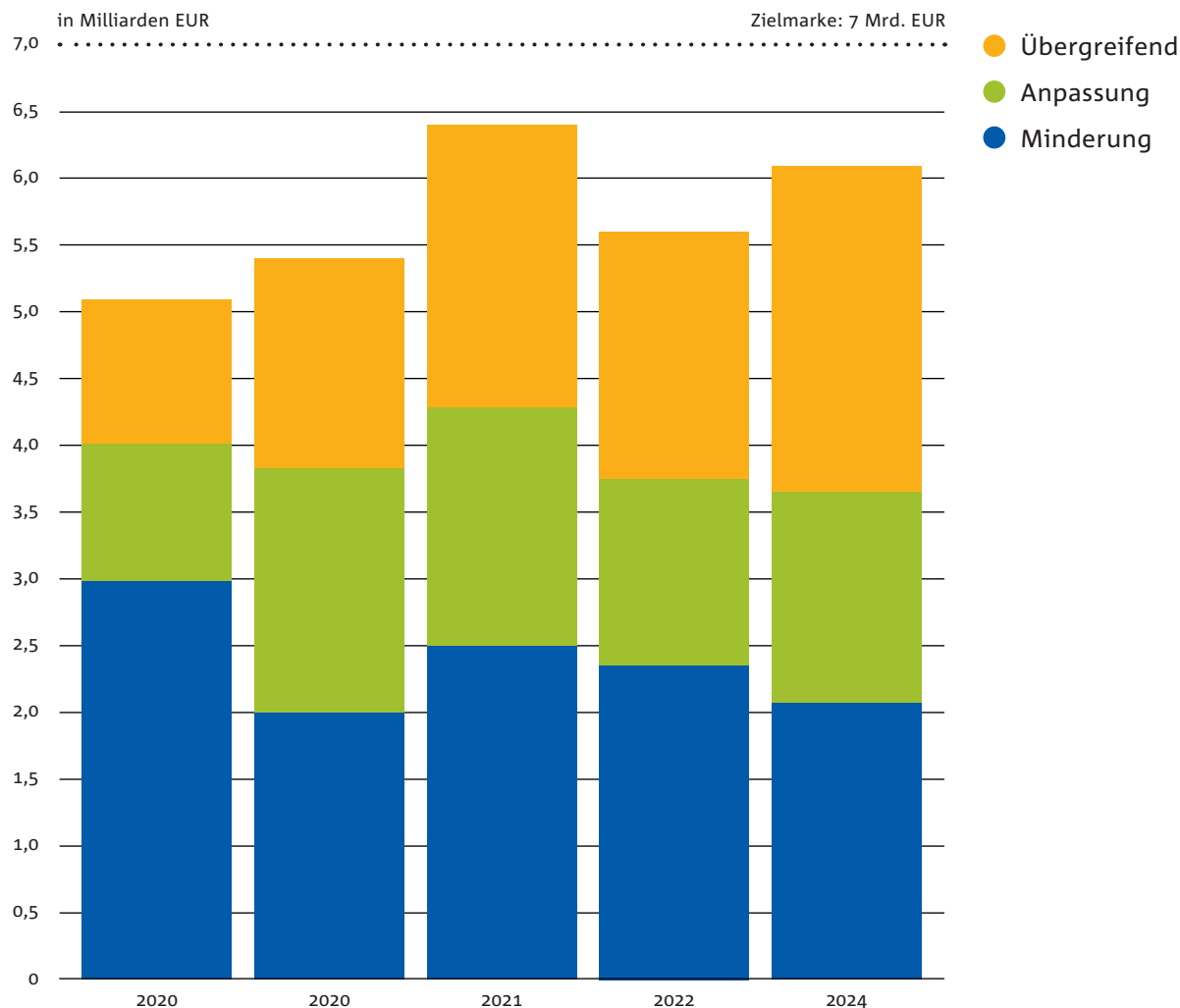


Quelle: BMZ.

Klimafinanzierung

Weltweit nehmen klimabedingte Krisen zu: Extremwetterereignisse wie langanhaltende Trockenperioden, verheerende Brände und großflächige Überflutungen treten immer häufiger auf. Um die Konsequenzen für Bevölkerungen zu reduzieren und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken, investiert Deutschland in Maßnahmen für Klimaanpassung und -schutz. Vor zehn Jahren haben sich die

Industrieländer im Rahmen des Klimaabkommen von Paris dazu verpflichtet, kollektiv mindestens 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr in die internationale Klimafinanzierung bis 2025 zu investieren. Obwohl diese Ausgaben theoretisch als ODA-Mittel deklariert werden können, fordert VENRO, dass Geber das Klimafinanzierungsziel zusätzlich zu dem 0,7-Prozent-ODA-Ziel erreichen sollten, wie es im Kopenhagener Klimaabkommen vereinbart wurde.

Abbildung 13. Entwicklung der ODA: Klimafinanzierung, 2020-2024

Quelle: www.deutschecklimafinanzierung.de und BMZ.

Die deutschen Ausgaben für internationale Klimafinanzierung sind zwischen 2019 und 2022 kontinuierlich auf über 6 Milliarden Euro gestiegen. Nach einem Absinken im Jahr 2023 lag das Finanzierungsvolumen 2024 bei 6,1 Milliarden Euro. Damit konnte bisher das Ziel weitgehend eingehalten werden, mindestens 6 Milliarden Euro pro Jahr für diesen Bereich auszugeben, das sich die Bundesregierung beim G7-Gipfel 2021 gesetzt hat.²³ Es bleibt jedoch unter der VENRO-Forderung, mindestens 7 Milliarden Euro für internationale Klimafinanzierung auszugeben.

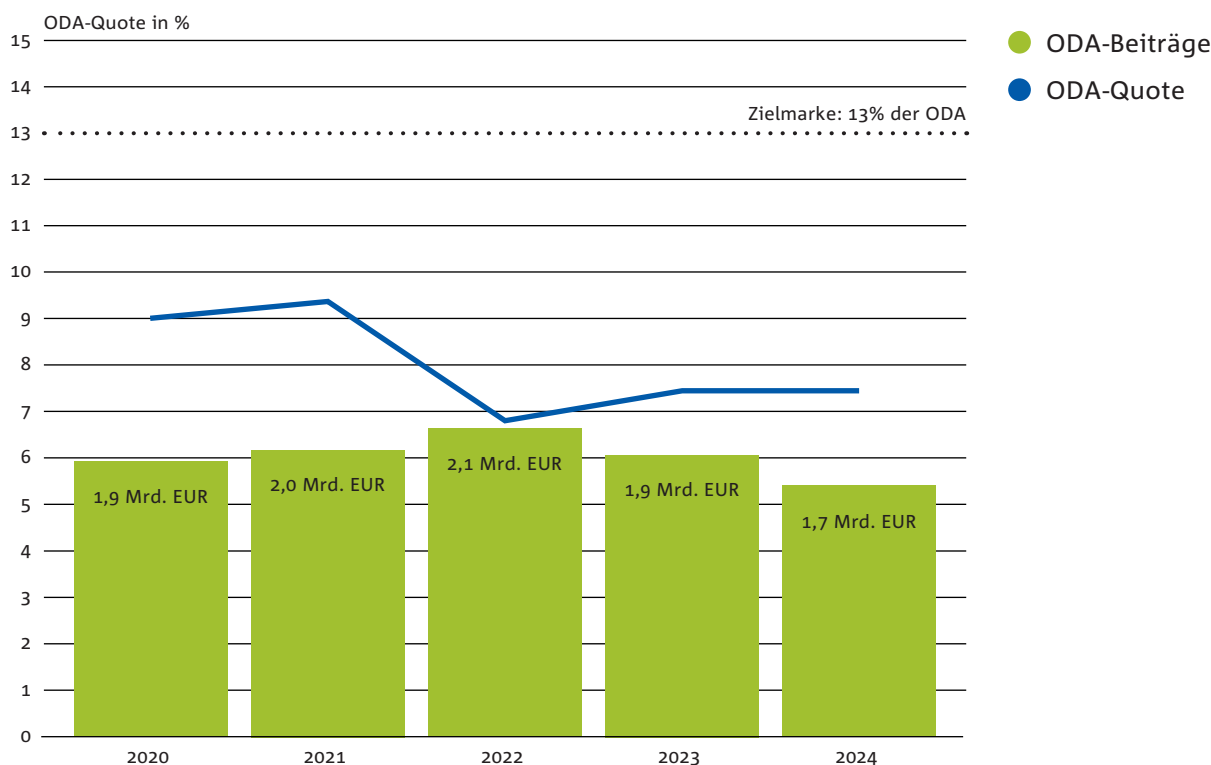
Darüber hinaus sollte Deutschland ein neues Klimafinanzierungsziel für die Zukunft ankündigen. Angemessen wäre eine Verdopplung der Haushaltsmittel für die deutsche Klimafinanzierung auf 12 Milliarden Euro bis 2030. Dafür müssen die Mittel jährlich um mindestens eine Milliarde Euro ansteigen. Klimafinanzierung muss zusätzlich zu Entwicklungsfinanzierung und humanitärer Hilfe bereitgestellt werden.

Zivilgesellschaftsförderung

Zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich maßgeblich in unterschiedlichen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Sie reduzieren Armut, fördern gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, geben marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Stimme und tragen zur Grundversorgung von Gesellschaften bei, wie zum Beispiel dem Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig ist die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit durch autokratische Tendenzen massiv unter Druck.

Deutschlands Förderung für zivilgesellschaftliche Gruppen ist zwischen 2019 und 2022 kontinuierlich auf ein Maximum von über 2 Milliarden Euro gestiegen. Die neuesten Daten zeigen jedoch einen Rücklauf der Finanzierung auf das Niveau von 2020. VENRO fordert, dass Deutschland mindestens so viel zur Zivilgesellschaft beiträgt wie der Durchschnitt der DAC-Mitglieder – dies wären aktuell 13 Prozent der gesamten bilateralen ODA-Leistungen. Im Jahr 2024 nutzte Deutschland nur 7,6 Prozent der bilateralen ODA, um zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen. Es fehlten knapp 2,4 Milliarden Euro, um die Zielmarke zu erreichen.

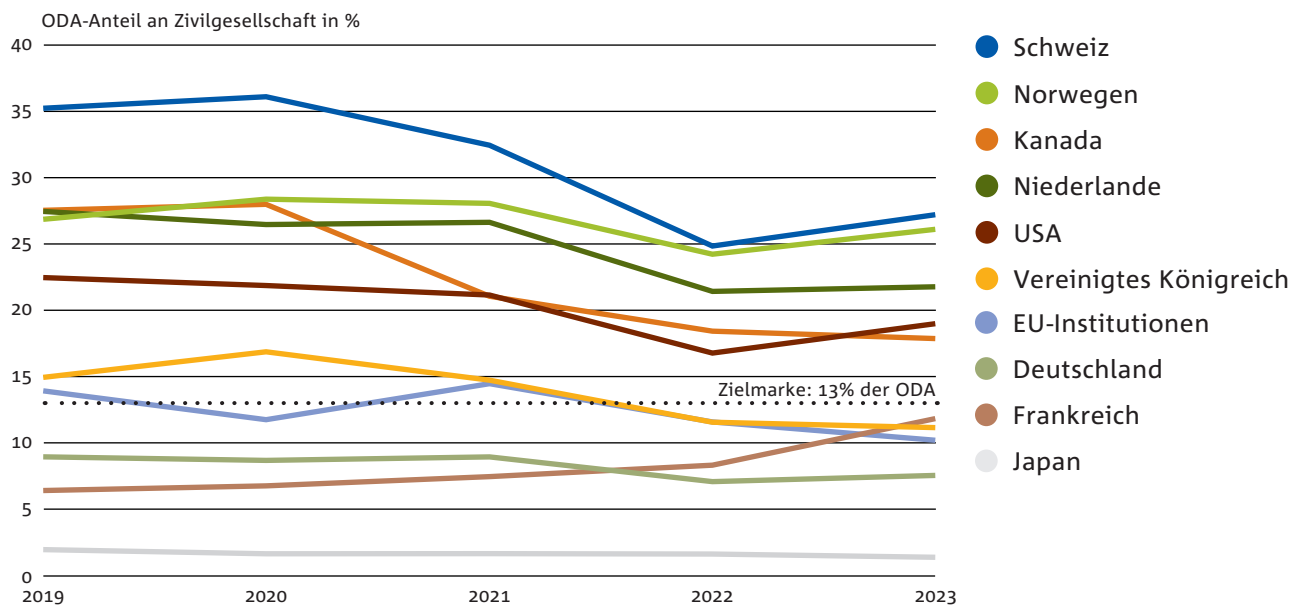
Abbildung 14. Entwicklung der bilateralen ODA: Zivilgesellschaftsförderung, 2019-2023



Quelle: OECD Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise.

Im Mai 2024 veröffentlichte das BMZ unter der Leitung der vorherigen Bundesregierung eine neue Strategie, um die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu stärken – und signalisiert damit

die Relevanz dieser Gruppen.²⁴ Diese Strategie sollte nun konsequent umgesetzt und auch finanziell hinterlegt werden.

Abbildung 15. Bilateraler ODA-Anteil an zivilgesellschaftlicher Förderung nach Geber, 2019-2023

Quelle: OECD Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise.

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit ist ein entscheidender Hebel für nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Ein gerechter Zugang zu Ressourcen, Rechten und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern stärkt auch soziale Kohäsion, ökonomische Stabilität und politische Teilhabe – zentrale Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit. Zudem sind diese Gruppen besonders in Konflikten und humanitären Notlagen oft stärker betroffen. Geschlechtergerechtigkeit sollte daher als grundlegendes Prinzip deutscher Entwicklungspolitik in sämtlichen Vorhaben leitend sein. Unter anderem um diesen Anspruch strukturell zu verankern, hat das BMZ im März 2023 eine Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik vorgelegt, die vorsieht, dass bis 2025 Geschlechtergerechtigkeit in 8 Prozent aller bilateralen Neuvorhaben als Hauptziel und in 85 Prozent aller Vorhaben als Nebenziel berücksichtigt sind. Diese Ziele wurden bis 2024 auch teilweise erreicht: Der Anteil der neuzugesagten Projekt-

mittel, die zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, lag 2024 bei 92,2 Prozent, wobei davon 13,9 Prozent der neuzugesagten Mittel Gleichberechtigung als Hauptziel adressierten.²⁵

In der deutschen Gesamt-ODA spiegelt sich die Priorität von Geschlechtergerechtigkeit bislang allerdings nur unzureichend wider. Im Zeitraum 2019 bis 2023 entfielen lediglich 2 bis 3 Prozent der Mittel auf Projekte und Programme, die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel verfolgen. Auch der Anteil von Vorhaben, bei denen Geschlechtergerechtigkeit entweder als Haupt- oder als Nebenziel berücksichtigt wird, bleibt mit 40 bis 50 Prozent niedrig. Zumal der internationale Trend mittlerweile gegenläufig ist. Insbesondere die USA haben feministischen, frauengeführten und LGBTQI*-Organisationen im Jahr 2025 die Finanzierung entzogen und erschweren durch eine vehemente Verschärfung der Mexico City Policy im Februar 2026 die Arbeit von nationalen und internationalen nichtstaatlichen und staatlichen Akteur_innen im Bereich Menschenrechte für Frauen, Mädchen und LSBTIQ*.

Vor diesem Hintergrund fordert VENRO mit Blick auf die bilateralen ODA-Anteile von AA und BMZ, dass 20 Prozent der Mittel für Maßnahmen aufgewendet werden, die Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verfolgen (BMZ) bzw. gender targeted (AA) sind und alle Projekt-Mittel Geschlechtergerechtigkeit als Nebenziel beachten (BMZ) bzw. gendersensibel umgesetzt werden (AA). Um angesichts globaler Rückschritte und wachsender Bedarfe insbesondere zivilgesellschaftliche Akteur_innen zu stärken fordert VENRO daher Investitionen von mindestens 100 Millionen Euro, für gendertransformative, intersektionale und postkoloniale feministische Vorhaben, die auch für zivilgesellschaftliche Akteur_innen zugänglich sind.

Entwicklungspolitische Bildung

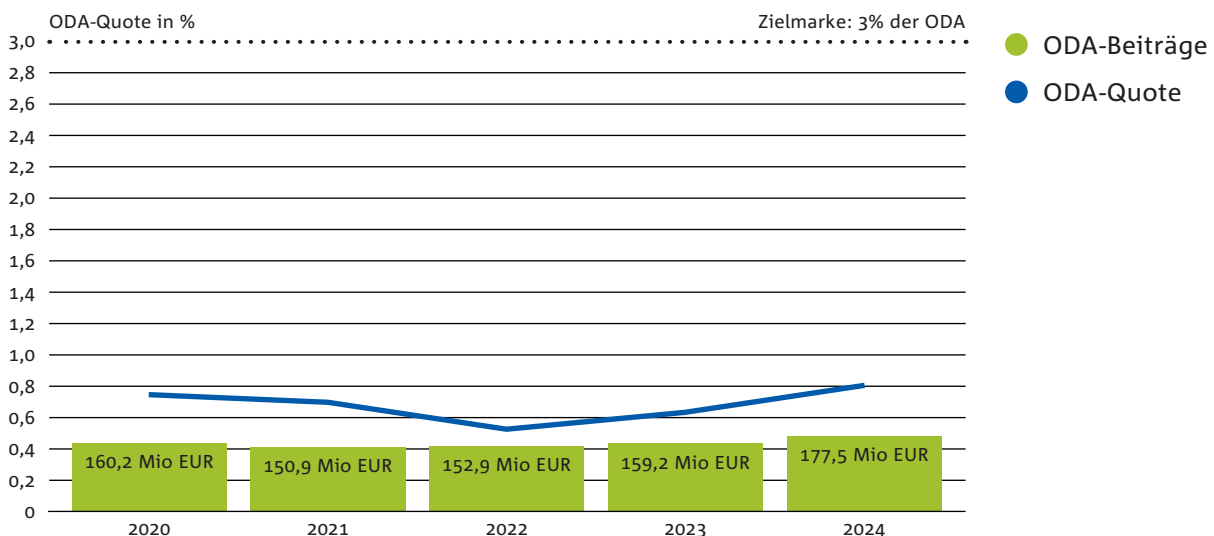
Entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärkt das öffentliche Bewusstsein für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung. Sie schafft Akzeptanz für Entwicklungszusammenarbeit und fördert gesellschaftliches Engagement in Geberländern wie Deutschland. Bereits 1993 empfahl das UN-Ent-

wicklungsprogramm, drei Prozent der ODA-Ausgaben für Bildungs- und Informationsarbeit im eigenen Land einzuplanen.²⁶

Seit 2022 sinkt die Zustimmung in der Bevölkerung zu den Ausgaben der Bundesregierung für Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich, sowie auch die generelle Unterstützung dieser. Im Ländervergleich ist dies besonders auffällig, da Deutschland 2024 erstmals die geringste Zustimmung aufweist (im Vergleich mit USA, Frankreich und Großbritannien).²⁷

Gleichzeitig blieben die ODA-Ausgaben für entwicklungspolitische Bildung in den letzten Jahren konstant unter der Zielmarke. Während in 2019 noch knapp ein Prozent der gesamten ODA dafür ausgegeben wurde, halbierte sich dieser Prozentsatz bis 2022. Auch das absolute Ausgabenniveau fiel. Seit 2023 ist ein Anstieg zu beobachten, der sich jedoch bisher nicht auf die zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Bildungsarbeit niederschlägt. Von der Zielmarke bleibt die Bundesregierung weiterhin ein großes Stück entfernt.

Abbildung 16. Entwicklung der ODA: Entwicklungspolitische Bildung, 2020-2024



Quelle: OECD CRS Creditor Reporting System, Zuschussäquivalente, 2023 konstante Preise, in Prozent an der gesamten bilateralen ODA.

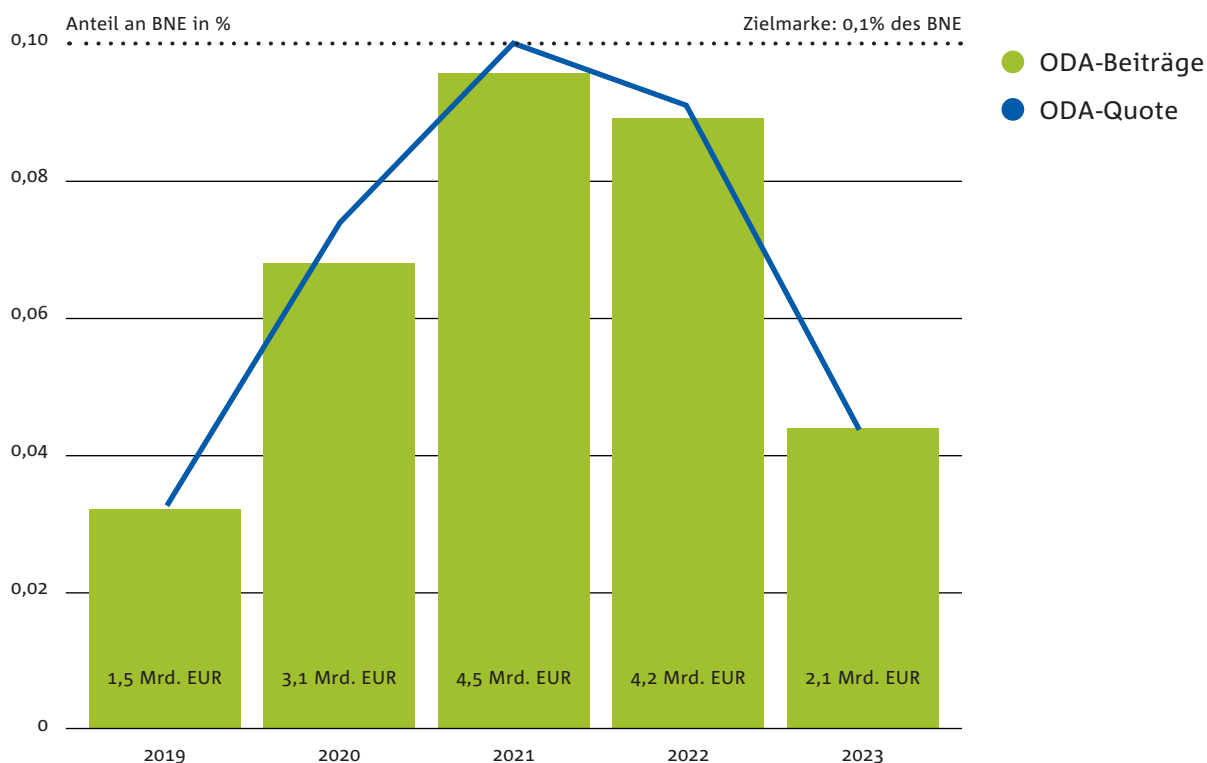
Gesundheitsfinanzierung

Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe – und damit ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Als Ziel 3 ist sie fest in der Agenda 2030 verankert. Doch angesichts der sich dramatisch verschlechterten globalen Rahmenbedingungen ist die Zielmarke 2030 selbst bei größtem Einsatz nicht mehr erreichbar. Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie, die Folgen des Klimawandels und die Intensität gewaltsamer Konflikte gefährden die Erreichung dieses Ziels und erschweren die Gesundheitsversorgung.

Deutschland gilt international als eine der treibenden Kräfte im Bereich globale Gesundheit. Dies spiegelte sich jedoch nicht konsequent in höheren

ODA-Ausgaben für den Gesundheitssektor wider. Die von der WHO formulierte Zielmarke – bereits vor globalen Herausforderungen wie der COVID-19-Pandemie festgelegt – liegt bei 0,1 Prozent des BNE. Dieses Ziel wurde einzig im Jahr 2021 erreicht, als die ODA-Ausgaben mit Gesundheitsfokus auf 4,5 Milliarden Euro anstiegen. Dies lässt sich vor allem auf pandemiebedingte Mehrausgaben zurückführen. Denn im Jahr 2019 lagen die entsprechenden Ausgaben noch bei rund einem Drittel des Werts von 2021 (circa 1,5 Milliarden Euro). Seit 2022 sinken die Mittel wieder: Im Jahr 2023 lagen sie bei knapp über 2 Milliarden Euro, also bei nur knapp der Hälfte des höchsten Werts von 2021. Stattdessen wären rund 2,2 Milliarden mehr nötig gewesen, also insgesamt 4,2 Milliarden Euro, um die Zielmarke der WHO zu erreichen.

Abbildung 17. Entwicklung der ODA (bilaterale und anteilig zugerechnete multilaterale ODA): Gesundheit, 2019-2023



Quelle: ONE Campaign ODA Dashboard³¹ basierend auf OECD CRS Creditor Reporting System, Provider's total use of the multilateral system databases, 2023 konstante Preise.

Trotz der eher rückläufigen Entwicklung der ODA-Mittel hat die Bundesregierung zuletzt wichtige, positive Impulse im Bereich der globalen Gesundheit gesetzt: Als Reaktion auf die Kürzungen der USA sagte Deutschland im Mai 2025 zusätzliche 10 Millionen Euro für die WHO zu.²⁸ Darüber hinaus kündigte Entwicklungsministerin Reem Alabali-Radovan einen Beitrag von 600 Millionen Euro an die Impfallianz Gavi an.²⁹ Angesichts eindringlicher Warnungen von Expert_innen vor schwerwiegenden Folgen insbesondere im Gesundheitssektor durch den US-Rückzug³⁰ kommt Deutschland eine zentrale Verantwortung zu, sich um das Schließen der Finanzierungslücke zu bemühen. Die Bundesregierung sollte auf einen ausgewogenen Mix an Instrumenten setzen. Dazu gehören nicht nur die zuletzt erhöhten Beiträge für multilaterale Organisationen, sondern auch die bilaterale Zusammenarbeit zur Stärkung von Gesundheitssystemen sowie die unterstützende Arbeit der Zivilgesellschaft, die weiter gefördert werden sollte.

DATENGRUNDLAGE

Berechnungsmethode für Deutschlands „Aid Inflation“

Für die Berechnung von Deutschlands „Aid Inflation“ liegen die ersten drei ODA-Kriterien zugrunde, die in der untenstehenden Tabelle aufgeführt sind. Es liegen zudem folgende Annahmen zugrunde:

- Der Anteil der Inlandskosten für Geflüchtete an den deutschen ODA-Ausgaben sinkt leicht auf 18 Prozent in den Jahren 2025 und 2026 und danach auf 17 Prozent in den Jahren 2027 bis 2029.
- Der Anteil für Studienplatzkosten, Privatsektorinstrumente und Schuldenerlässe bleiben konstant auf dem Niveau des Jahres 2023. Der Anteil der Inflated ODA durch Kredite beträgt konstant 2 Prozent.
- Der Anteil der bi- und multilateralen ODA bleiben konstant auf dem Niveau des Jahres 2024.
- Die Gesamtausgaben für ODA basieren auf den Berechnungen für das Kapitel zum Finanzierungsbedarf (siehe unten).

Tabelle 1: ODA-Kriterien und betroffene Bereiche

ODA-Kriterium	Betroffene ODA-Bereiche	Konsequenz für ODA-Anrechnung
Übermittelt an Empfängerländer und -organisationen, die auf der OECD-DAC-Empfängerliste stehen	• Kosten für Geflüchtete im Inland • Studienkosten	• Abzug dieser Kosten
Von öffentlichen Institutionen bereitgestellte Gelder	• Instrumente des Privatsektors (PSIs)	• Abzug dieser Kosten
Begünstigte Konditionen	• Teilweise Kredite • PSIs • Schuldenerlasse	• Rekalkulierung der Kredite • Abzug der PSIs und Schuldenerlasse
Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Wohlstand von „Entwicklungsländern“ als Hauptziel	• Gebundene ODA („Tied Aid“) • ODA für Migrationsmanagement • ODA für Sicherheitssektorreform • ODA für internationale Peacekeeping-Einsätze	• Erfordert qualitative Analyse für eventuellen Abzug dieser Kosten

Quelle: CONCORD AidWatch 2024 Report; vereinfachte Darstellung

Berechnungsmethode für Deutschlands Finanzierungsbedarf

Die Berechnungen für die Analyse der zukünftigen deutschen ODA bis 2029 basieren auf dem zweiten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 sowie auf der Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum des IWF vom April 2025.

- Als Ausgangspunkt dienen die vorläufigen OECD-Daten zu den deutschen ODA-Ausgaben für das Jahr 2024 nach der „Zuschussäquivalent-Methode“. Es gelten außerdem folgende Annahmen:
- Der ODA-anrechenbare Anteil an den gesamten Ausgaben vom BMZ bleibt konstant auf dem Niveau des Jahres 2024. Dieser beträgt 96,3 Prozent des BMZ-Haushalts.
- Der BMZ-Anteil an den gesamten deutschen ODA-Ausgaben bleibt konstant auf dem Niveau des Jahres 2025. Dieser beträgt 51 Prozent.
- Die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lässt sich auf das BNE übertragen. Beide Raten sind seit mehreren Jahren fast identisch.

Für die Berechnung der notwendigen Mittel für die Erreichung des Ziels von 8 Milliarden Euro pro Jahr für die internationale Klimafinanzierung liegen zusätzliche Annahmen zugrunde:

- Der BMZ-Anteil an der deutschen Klimafinanzierung bleibt konstant auf dem Niveau des Jahres 2023. Dieser beträgt 78 Prozent.
- Der BMZ-Anteil für Klimafinanzierung am gesamten BMZ-Haushalt bleibt konstant auf dem Niveau des Jahres 2023. Dieser beträgt 36,7 Prozent.

Für die Berechnung der notwendigen Mittel für die Erreichung des Ziels von 2,5 Milliarden Euro pro Jahr für humanitäre Hilfe liegen zusätzliche Annahmen zugrunde:

- Die AA-Ausgaben für humanitäre Hilfe bleiben konstant auf dem Niveau des Jahres 2025. Diese betragen knapp über 1 Milliarde Euro.

ENDNOTEN

- 1 Uppsala Conflict Data Program (UCDP), 2025, Dashboard. V2.1 (UCDP GED 25.1), zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://ucdp.uu.se/>.
- 2 Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), Dezember 2024, „Global Humanitarian Overview 2025“, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789211070538>.
- 3 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2023, „Leitfaden, Was ist Official Development Assistance (ODA)?“, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.bmz.de/resource/blob/141382/leitfaden-was-ist-oda-barrierefrei.pdf>.
- 4 Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), Dezember 2024, „Global Humanitarian Overview 2025“, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789211070538> und Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), Dezember 2018, „Global Humanitarian Overview 2019“, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789214030768>.
- 5 Laub, Kristin et al., 14 Mai 2025, „The Budget Cuts Tracker“, SEEK Development, Donor Tracker, <https://donortracker.org/publications/budget-cuts-tracker>.
- 6 Kenny, Charles & Sandefur, Justin, 2025, „How Many Lives Does US Foreign Aid Save?“, Center for Global Development, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.cgdev.org/blog/how-many-lives-does-us-foreign-aid-save>.
- 7 Uhlmann, Berit, 2025, „Krise der Entwicklungshilfe. ‚Die Welt schaut auf Deutschland‘“, *Süddeutsche Zeitung*, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/deutschland-fuehrungsrolle-entwicklungshilfe-li.3240116>.
- 8 CDU, CSU und SPD, 2025, „Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“, zugegriffen am 1. Juli 2025, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf.
- 9 Böker, Kristina, 2025, „Entwicklungshilfe-Konferenz: Wenig Geld und wenig Klarheit“, Tagesschau, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/abschluss-entwicklungshilfe-konferenz-100.html>.
- 10 Deutscher Bundestag, 2025, „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025)“, zugegriffen am 11. Juni 2025, Drucksache 21/500, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100500.pdf>; Bundesministerium der Finanzen, 2025, „Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2026 und Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029“, zugegriffen am 4. August 2025, https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2025/07/29/250728-BMF_KabV-RegE_2026-FiPL_Teil_1.clean__Redacted.pdf.
- 11 Böker, 2025, „Entwicklungshilfe-Konferenz: Wenig Geld und wenig Klarheit“.
- 12 BMZ, „Reform der Weltbankgruppe“, zugegriffen am 18. September 2025, <https://www.bmz.de/de/ministerium/internationale-organisationen/weltbank/reform-der-weltbank->

gruppe-147428#:~:text=Ziel%20dieser%20Reform%20ist%20es,einem%20lebenswerten%20Planeten%20zu%20machen.

- 13 OECD, „ODA recipients: countries, territories, and international organisations,” zugegriffen am 2. Juni 2025, <https://www.oecd.org/en/topics/oda-eligibility-and-conditions/dac-list-of-oda-recipients.html#oda-recipients-list>; BMZ, Leitfaden, „Was ist Official Development Assistance (ODA)?,” zugegriffen am 2. Juni 2025, <https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen/hintergrund/leitfaden-oda-19206>.
- 14 OECD, 2025, „Aid for Civil Society Organisations, 2025,” zugegriffen am 18. September 2025, [https://one.oecd.org/document/DCD\(2025\)4/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD(2025)4/en/pdf).
- 15 Eurodad, 2024, „Inflated and distorted: preliminary 2023 aid figures show failure to address global challenges,” zugegriffen am 3. Juni 2025, https://www.eurodad.org/aid_data_2023_statement; Sam Ursu, 2024, „Stretching the definition of ODA to the breaking point,” zugegriffen am 12. Juni 2025, <https://www.developmentaid.org/news-stream/post/176130/stretching-the-definition-of-oda-to-the-breaking-point>.
- 16 OECD, „Official development assistance – definition and coverage,” zugegriffen am 7. Juli 2025, <https://www.oecd.org/en/topics/sub-issues/oda-eligibility-and-conditions/official-development-assistance--definition-and-coverage.html>.
- 17 CONCORD, 2024, „AidWatch 2024: Whose Interests Does Official Development Assistance Truly Serve?,” zugegriffen am 6. Juni 2025, <https://aidwatch.concordeurope.org/2024-report/>.
- 18 Bei dieser Form der ODA binden Geber ihre Entwicklungshilfe an die Bedingung, dass die Aufträge für Leistungen und Waren an deutsche Firmen und Organisationen gehen. Für mehr Infos siehe: OECD, „Untied aid,” zugegriffen am 10. Juni 2025, <https://www.oecd.org/en/topics/sub-issues/oda-standards/untied-aid.html>.
- 19 Bundesministerium der Finanzen, 2025, „Bundeshaushalt digital,” zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>.
- 20 UN OCHA, 2025, „Global Humanitarian Overview 2025,” zugegriffen am 1. Juli 2025, <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789211070538>.
- 21 United Nations, 2025, „LDC Portal – International Support Measures for Least Developed Countries. Bilateral ODA to LDCs,” zugegriffen am 3. Juli 2025, https://www.un.org/ldcportal/content/bilateral_oda.
- 22 Engagement Global gGmbH, „17 Ziele,” zugegriffen am 5. Juni 2025, <https://17ziele.de/ziele/2.html>.
- 23 Deutscher Bundestag, 2025, „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025),“ zugegriffen am 11. Juni 2025, Drucksache 21/500, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100500.pdf>; BMZ, „Klimafinanzierung: Deutschland als verantwortungsvoller Partner,” zugegriffen am 5. Juni 2025, <https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klimafinanzierung>.
- 24 BMZ, 2024, „Die Zusammenarbeit des Bundesentwicklungsministeriums mit der Zivilgesellschaft,” zugegriffen am 2. Juli 2025, <https://>

- www.bmz.de/resource/blob/209008/zusammenarbeit-mit-der-zivilgesellschaft.pdf.
- 25 Deutscher Bundestag, 2025, „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rocco Kever, Matthias Rentzsch, Johann Martel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD (Drucksache 21/1042). Aufgaben und Funktion des Referats G11 (Feministische Entwicklungspolitik) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, zugegriffen am 18. September 2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/012/2101214.pdf>.
 - 26 United Nations Development Programme, 1993, „Human Development Report 1993“, zugegriffen am 2. Juli 2025, <https://www.undp.org/publications/human-development-report-1993>.
 - 27 DEval und Development Engagement Lab, 2024, „Öffentliche Unterstützung und Kritik im Kontext multipler Krisen und neuer Leitbilder. Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024“, zugegriffen am 4. Juli 2025, https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2024_Memo_4/DE-val_Memo2024_Web.pdf.
 - 28 Bundesministerium für Gesundheit (2025). Germany backs World Health Organization. Federal Minister of Health Nina Warken: pandemic agreement shows WHO's strength. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/en/ministry/news/germany-backs-world-health-organization-pr-18-05-25.html>.
 - 29 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2025). Germany remains reliable partner in the fight against global diseases. <https://www.bmz.de/en/news/press-releases/germany-partner-in-the-fight-against-global-diseases-257176>.
 - 30 Deutschlandfunk, 2025, „US-Austritt aus WHO. Gefahren für die globale Gesundheit – und die USA“, <https://www.deutschlandfunk.de/usa-who-austritt-folgen-100.html#folgenglobal>.
 - 31 ONE Campaign, 2025, „ONE Data ODA Dashboard“, zugegriffen am 4. Juli 2025, <https://one-campaign.observablehq.cloud/oda-dashboard/sectors>.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1. Entwicklung der ODA-Beiträge und -Quote für Deutschland (2019-2029)

Abbildung 2. Finanzierungsbedarf: ODA-Forderungen bis 2029

Abbildung 3. Bilaterale und multilaterale ODA (2019-2024)

Abbildung 4. Deutsche bi- und multilaterale ODA nach Mittelherkunft (2019 und 2023)

Abbildung 5. Top 10 ODA-Empfänger der bilateralen ODA 2021 und 2023

Abbildung 6. Deutschlands ODA-Quote (Inflated vs. echte ODA), 2019-2029

Abbildung 7. Deutschlands echte ODA und benötigte Ressourcen für das 0,7-Prozent-Ziel, 2019-2029

Abbildung 8. Deutschlands echte ODA und Mittelherkunft (2019-2024)

Abbildung 9. Aid Inflation in Deutschland 2019-2024

Abbildung 10. Entwicklung der bilateralen ODA: Deutschlands humanitäre Hilfe, 2020-2026

Abbildung 11. Least Developed Countries

Abbildung 12. BMZ Ausgaben für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung

Abbildung 13. Entwicklung der ODA: Klimafinanzierung, 2020-2024

Abbildung 14. Entwicklung der bilateralen ODA: Zivilgesellschaftsförderung, 2019-2023

Abbildung 15. Bilateraler ODA-Anteil an zivilgesellschaftlicher Förderung nach Geber, 2019-2023

Abbildung 16. Entwicklung der ODA: Entwicklungspolitische Bildung, 2020-2024

Abbildung 17. Entwicklung der ODA (bilaterale und anteilig zugerechnete multilaterale ODA): Gesundheit, 2019-2023



IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Stresemannstr. 72

10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Die Analyse sowie die ihr zugrundeliegenden Berechnungen wurden
von Melissa Li und Karla Kröner vom Global Public Policy Institute im
Auftrag von VENRO erstellt.

Redaktion: Melissa Li, Karla Kröner, GPPI; Lukas Goltermann, VENRO

Fotonachweis: Rainer Sturm / ccnull.de

Lektorat: Dorothee Baldenhofer, VENRO

Layout: Sonya Sugrobova / sonyasugrobova.com

Berlin, Januar 2026

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 150 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org